

Das Wochenmagazin der SPÖ

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer
Kommentar von
spoe.at

SPÖ

Aktuell

1. Oktober 2010 · Nr. 31 · 0,73 Euro



**Am 10. Oktober:
Jetzt geht's um Wien!**

Nach dem sensationellen Wahlsieg von Landeshauptmann Franz Voves in der Steiermark herrscht großartige Stimmung innerhalb der Sozialdemokratie. Nun gilt es, diesen Schwung von der grünen Mark nach Wien mitzunehmen. In der Endphase des Wahlkampfes müssen alle Kräfte mobilisiert werden, damit Michael Häupl Bürgermeister und Wien die lebenswerteste Stadt der Welt bleibt. Am 10. Oktober zählt jede Stimme! Denn jetzt geht's um Wien!

Erfreulich sind auch die aktuellen Wirtschaftsprognosen und für die SPÖ steht fest, dass dies auch in den Verhandlungen über Pensionen und Gehälter berücksichtigt werden muss. Nulllohnstunden würden die Kaufkraft schwächen und damit den Wirtschaftsaufschwung gefährden.

Aufschwung und Bewegung nach jahrelangem Stillstand durch ÖVP-Gehrer erlebt auch die Bildungspolitik unter Bundesministerin Claudia Schmied. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer unterstreicht in seinem Kommentar die sozialdemokratischen Vorstellungen für die Schule der Zukunft.

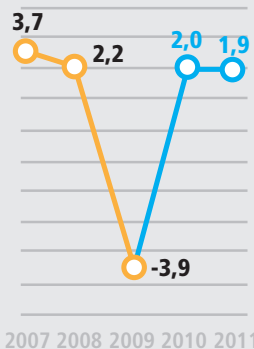
Eure Redaktion

Highlights der Woche

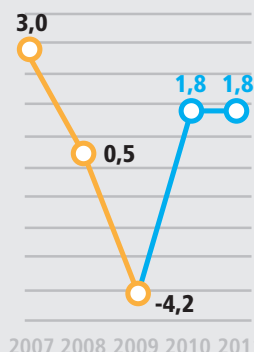
Wien-Wahl	4
Interview mit Wiens Bürgermeister Michael Häupl	6
Kaufkraft stärken	8
Finanzmarktkontrolle	9
Equal Pay Day	13
Kommentar von SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer	14

Konjunkturprognose

Österreich



EU-27



Quelle: APA-WIFO | Grafik: SPÖ

Verbesserte Konjunkturprognosen

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS) haben ihre Wachstumsprognosen deutlich angehoben. Für Österreich erwartet das Wifo ein Wirtschaftswachstum von real 2,0 Prozent für 2010, für 2011 werden 1,9 Prozent prognostiziert. Österreich liegt damit besser als der EU-27-Schnitt, der für 2010 und 2011 bei 1,8 Prozent liegt. Die Konjunkturbelebung sollte auch die Lage am Arbeitsmarkt und der öffentlichen Haushalte verbessern. ♦



SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter

Kräuter erschüttert über arbeitnehmerfeindliche Äußerungen Lopatkas

Der Lohnabschluss bei den ÖBB, der vorsieht dass Mitarbeitern, die bis zu 2.100 Euro brutto verdienen, die Inflation von 1,7 Prozent abgegolten wird, ist für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter „ein Verhandlungsergebnis mit Augenmaß“. Umso erschütternder sind für Kräuter die „arbeitnehmerfeindlichen Äußerungen von Staatssekretär Lopatka, der Arbeitnehmern, die bis zu 2.100 Euro brutto verdienen, nicht einmal eine Inflationsabgeltung gönnt und ihnen de facto einen Reallohnverlust wünscht“. Dies zeige, dass es Lopatka bei den ÖBB „nach wie vor nicht um Sachpolitik geht, sondern nur mehr darum, sein verantwortungsloses Zerstörungswerk fortzusetzen“. ♦

Zitat der Woche

„Das einzig Nachhaltige an der Atomenergie ist das nachhaltige Risiko.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Premiere: Einkommensbericht für Öffentlichen Dienst

Die Einkommensschere ist bei den Bundesbediensteten um sechs Prozent geringer als in Privatwirtschaft.

Wir gehen im öffentlichen Dienst wieder einmal mit gutem Beispiel voran und veröffentlichen erstmals einen Einkommensbericht für unsere Bediensteten“, sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der Präsentation. Der Bericht zeigt, dass die Einkommensschere im Bundesdienst (16 Prozent) deutlich geringer ist als in der Privatwirtschaft (22 Prozent). Die Frauenministerin sieht Handlungsbedarf,

die anfallenden Überstunden zwischen Männern und Frauen gerechter zu verteilen, noch mehr dafür zu tun, dass mehr weibliche Führungskräfte bestellt werden und stärker über die negativen Folgen von langen Karenzzeiten zu informieren. ♦

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sieht in den Ergebnissen des Einkommensberichts einen klaren Handlungsauftrag.



Knie



Autos kaufen keine Autos

Ein dem US-amerikanischen Industriellen Henry Ford zugeordnetes Zitat lautet: „Autos kaufen keine Autos.“ Für unser Land bedeutet das aktuell: „Wenn wir jetzt durch falsche Maßnahmen die Konjunktur abwürgen, schaffen wir die Basis für die Wirtschaftskrise von morgen. In der Bundeshauptstadt Wien weiß man das und setzt die richtigen Maßnahmen.“

Fotolia



„Das Schlimmste, was wir aktuell tun könnten, wäre, die Massenkaufkraft zu schwächen.“

Ford wollte mit seinem Ausspruch verdeutlichen, dass die Menschen seine Autos nicht kaufen können, wenn man ihnen nicht genügend Einkommen dazu gibt. Wie richtig er damals lag, zeigt auch die aktuelle wirtschaftliche Situation unseres Landes. Das zarte Pflänzchen Aufschwung, das wir derzeit zu hegen haben, kommt nicht von irgendwo. Österreich kam bis jetzt vergleichsweise glimpflich durch die Wirtschaftskrise. Weil die Politik frühzeitig reagiert und durch Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete gegengesteuert hat. Das Schlimmste, was wir aktuell tun könnten, wäre, die Massenkaufkraft zu schwächen.

Genau das würde aber passieren, wenn sich jene durchsetzen, die den Pensionistinnen und Pensionisten schon jetzt mit Kürzungen drohen. Wir werden das nicht zulassen, denn mit der SPÖ wird es keine Nulllohnrunde für Pensionisten geben! Denn gerade die Bezieher kleiner Pensio-

nen geben das Geld auch wieder aus, das sie Monat für Monat erhalten. Sie investieren es wieder, sie geben es an die Enkel weiter – und kurbeln so den Wirtschaftsaufschwung an.

Es ist wirtschaftlicher Unsinn, sich Spanien oder Irland in Sachen Budgetsanierung zum Vorbild zu nehmen. Gerade dort wurden Löhne und Pensionen gekürzt, und gerade damit hat man die Konjunktur zum Erliegen gebracht. Mit bekannten Folgen. Sehen wir uns stattdessen jene Länder an, die vergleichsweise erfolgreich durch die Krise gesegelt sind: Es sind jene Länder, die einen aufrechten Sozialstaat haben, in denen die Pensionen und Gehälter hoch genug sind, um davon leben zu können. Gescheitert sind jene Länder, in denen es einige wenige Reiche und viele Arme gibt. Eigentlich eine Milchmädchenrechnung, doch leider keineswegs so selbstverständlich wie man meinen möchte. Hier werden die politischen Unterschiede deutlich.

„Mit der SPÖ wird es keine Nulllohnrunde für Pensionisten geben!“

Wenn wir Sozialdemokraten das Wort „Reform“ in den Mund nehmen, bedeutet das für uns mehr Gerechtigkeit und mehr Wohlstand für alle. Und ein Steuersystem, in dem Arbeitseinkommen niedriger und Vermögenszuwächse höher besteuert werden. Andere politische Kräfte in unserem Land sprechen von „Reform“ und meinen damit nur die Überlegung, wem sie etwas wegnehmen können.

Also geht es gerade in diesen Tagen um eine Richtungsentscheidung. Nehmen wir das Beispiel Wien: Wien steht gerade deshalb so gut da, weil die Stadtpolitik seit Jahrzehnten darum bemüht ist, den Wohlstand für alle möglichst hoch zu halten und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Es ist nicht selbstverständlich, dass im Nobelbezirk Döbling und auch überall sonst in der Stadt neben der Reichen-Villa ein Gemeindebau steht. Was in der Praxis heißt, dass die Kinder aus der Villa mit jenen aus dem Gemeindebau in eine Schule gehen. Und letztlich dazu führt, dass es in Wien keine Ghettos gibt, wie in so vielen Großstädten. In Wien ist es auch selbstverständlich, dass jeder – unabhängig vom Einkommen – in dasselbe Krankenhaus geht und dort die beste Versorgung erhält. Es gibt eine ganze Menge sozialer Errungenschaften zu verteidigen und in den kommenden Jahren weiter auszubauen.

Am Vorabend der entscheidenden Wahlen in der Bundeshauptstadt Wien am 10. Oktober kann unser Ziel deshalb nur sein: Wir müssen alle Kräfte bündeln und bis zur letzten Minute um jede Wählerin und jeden Wähler kämpfen. Die SPÖ und Michael Häupl haben Wien zur lebenswertesten Stadt der Welt gemacht. Die Wienerinnen und Wiener wissen das und vertrauen uns. Jetzt geht es darum zu mobilisieren. ♦

Am 10. Oktober: Für Michael

Bürgermeister Michael Häupl und sein Team haben Wien zur lebenswertesten Stadt der Welt gemacht. Am 10. Oktober geht es darum, diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen.

„Wie die Mercer-Studie zeigt, führt Wien international in allen Bereichen, die die Lebensqualität betreffen. Darauf können wir stolz sein.“
 Bürgermeister Michael Häupl

Bei den kommenden Gemeinderats- und Landtagswahlen sowie den Wahlen der Bezirksvertretungen am 10. Oktober treffen die Wienerinnen und Wiener eine wichtige Richtungsentscheidung. Es geht um die Zukunft Wiens und um die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit von Bürgermeister Michael Häupl und seinem Team. Häupl bringt es auf den Punkt: „Es ist die Wahl zwischen einer guten Zukunft und einem Weg, der in die Vergangenheit führt. Eines ist klar: Wer will, dass dieser erfolgreiche Wiener Weg fortgesetzt wird, muss auch SPÖ wählen!“ Dass Wien Weltspitze ist, merkt man nicht nur, wenn man in Wien lebt, lernt oder arbeitet, es wurde auch wiederholt durch die renommierte Mercer-Studie belegt: Wien wurde zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität weltweit gewählt. Das ist eine klare Bestätigung dafür, wie erfolgreich sozialdemokratische Politik ist.



Am 10. Oktober geht es um die erfolgreiche Zukunft Wiens. Michael Häupl ist der Garant dafür.

HINTERGRUND

Facts zur Wahl:

Gewählt wird:	der Gemeinderat, der Landtag und die Bezirksvertretung
Termin:	10. Oktober 2010
Gemeinderat:	100 Mandate (derzeit: SPÖ 55, ÖVP 18, FPÖ 13, Grüne 14)
Bezirksvertretung:	1.112 Mandate
Landesregierung:	14 Sitze (SPÖ 9, ÖVP 2, Grüne 2, FPÖ 1)

Alle Infos zur Wahl unter www.wien.spoe.at

Arbeit, Bildung, Sicherheit

Die Kompetenz für die Themen, die auch in Zukunft bestimmend sein werden, liegt in Wien klar bei der SPÖ. Im Bildungsbereich hat man mit zahlreichen Investitionen, von der Frühkindförderung durch Gratis-Kindergarten und ein verpflichtendes Kindergartenjahr vor Schuleintritt, bis hin zur Ausbildungsgarantie, ein tragfähiges Fundament für Wiens Zukunft als Bildungs- und High-Tech-Standort gelegt. Unter dem Motto „Aus der Krise heraus investieren, nicht in die nächste hineinsparen“ konnten durch Förderungen für Klein- und Mittelbetriebe bestehende Arbeitsplätze gesichert und 90.000 neue

Jobs geschaffen werden. Auch die Themen Sicherheit und Zusammenleben spielen eine zentrale Rolle in Michael Häupls Politik. Beim Zusammenleben in einer Großstadt geht es um klare Spielregeln, Respekt und Rücksichtnahme. Dafür gibt es die Wiener Hausordnung, Deutschkurse für alle Zuwanderer und gut funktionierende Integrationskonzepte. Wo andere hetzen und schäumen, wird in Wien gehandelt und an konkreten Lösungen gearbeitet. Auch die hunderten neuen Ordnungskräfte in Wohnanlagen, Parks und Öffis sowie der Kampfhundeführschein leisten einen wichtigen Beitrag, wenn es darum geht, dass Wien die sicherste Hauptstadt der Welt bleibt.

Häupl und die Zukunft Wiens



SPÖ Wien



Schedl

„Ich will den Menschen die Angst nehmen, sie zusammenbringen – das ist das genaue Gegenteil von dem, was Strache will. Er hetzt auf. Ich will Probleme lösen.“

Bürgermeister Michael Häupl



SPÖ Wien



SPÖ Wien

Gratis-Kindergarten, verpflichtendes Kindergartenjahr vor Schuleintritt, ein flächendeckendes Ganztagschulangebot und die Ausbildungsgarantie – Investitionen im Bildungsbereich sind ein Herzstück von Michael Häupls Politik.



Jobst

STIMMEN

Wien muss rot bleiben weil ...

„... die Menschen in dieser Stadt ein Recht auf ein funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem haben. Oppositionelles Krankjammern ist zu wenig.“

SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser

„... nur die SPÖ der Garant dafür ist, dass Wien die lebenswerteste Stadt der Welt bleibt, die Blauen das Klima des Miteinander gefährden, die Grünen nur mit sich selbst beschäftigt sind, die Schwarzen aber sowas von fad sind und Orangen nur als Zitrusfrüchte Sinn machen.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

„... Wien die lebens- und liebenswerteste Stadt ist.“
SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

INTERVIEW

„Wir wollen den erfolgreichen Weg weitergehen!“

Wiens Bürgermeister Michael Häupl im „SPÖ Aktuell“-Interview über die Zukunftsthemen Bildung, Forschung und Entwicklung und warum es wichtig ist, am 10. Oktober SPÖ zu wählen.

„SPÖ Aktuell“: Herr Bürgermeister, wie sieht Ihre persönliche Bilanz der letzten fünf Jahre aus?

Michael Häupl: Wien hat es zweimal hintereinander geschafft, die lebenswerteste Stadt der Welt zu werden. Als Bürgermeister freut mich diese Auszeichnung natürlich ganz besonders. Es ist eine wichtige Bestätigung der geleisteten Arbeit, zugleich aber auch ein Auftrag, diesen erfolgreichen Wiener Weg fortzusetzen, damit Wien auch in Zukunft ein Ort ist, an dem man gut und gerne lebt!

Bildung ist eines der wichtigsten Themen in diesem Wahlkampf?

Häupl: Die Jugend ist die Zukunft unserer Stadt – daher ist das ein Schlüsselthema. Mir ist es besonders wichtig, dass in Wien alle Jugendlichen die Chance auf beste Ausbildung haben. Damit das so bleibt, investieren

„Wien muss auch in Zukunft ein Ort sein, an dem man gut und gerne lebt.“

Bürgermeister Michael Häupl

wir massiv in den Bildungsbereich: Ob Gratikindergarten, das verpflichtende Kindergartenjahr vor Schuleintritt, die Schaffung eines flächendeckenden Angebotes an Ganztagschulen oder die Wiener Mittelschule bis hin zur Wiener Ausbildungsgarantie für Lehrlinge.

Wien soll überhaupt zu einer „Stadt des Wissens“ werden, lautet eine Ihrer wichtigsten Botschaften. Können Sie das ein wenig erläutern?

Häupl: Ja und das ist zu einem guten Teil bereits Realität! Wien gilt schon heute als europaweit beachteter Standort für Bio- und Informationstechnologien. Dieser Höhenflug schafft hochwertige Arbeits-



Für Bürgermeister Michael Häupl ist klar, dass Bildung entscheidend für den Wirtschaftsstandort Wien ist. Deshalb wird in Wien nachhaltig in die Bereiche Forschung und Entwicklung investiert.

plätze. Alleine am Campus Vienna Bio-center sind 1.400 Wissenschaftler und Studierende aus rund 40 Nationen tätig und erforschen Krebserkrankungen, die Entwicklung von Impfstoffen und vieles mehr. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weitergehen!

Auf Bundesebene werden Einsparungen bei den Universitäten diskutiert. Ihre Meinung dazu?

Häupl: Das ist ausgesprochen kontraproduktiv. Die Universitäten sind von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Wien. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Bildung! In Zeiten einer globalisierten Wirtschaft werden Bildung und Qualifikation der Arbeitnehmer immer wichtiger. Deshalb investieren wir nachhaltig in die Bereiche Forschung und Entwicklung. Wien verfügt nicht umsonst über die meisten Universitäten und 60 Prozent der Studentinnen und Studenten Österreichs. Es gibt hier viel Potential und das wollen wir nutzen!

Die Wirtschaftsprognosen sind positiv, ist die Krise vorbei?

Häupl: Nein, die Krise ist noch nicht vorbei. Ich werde erst von ihrem Ende sprechen, wenn der Arbeitsmarkt generell wieder in Ordnung ist und die jungen Menschen keine Sorgen mehr wegen Ausbildungs- und Zukunftschancen haben müssen. Wir in Wien tun jedenfalls alles dafür Notwendige und gehen unseren erfolgreichen Weg weiter. Mir ist wichtig zu sagen, wir müssen uns jetzt aus der Krise hinaus investieren, nicht in die nächste hinein sparen.

Was tut Wien, um das Miteinander in der Stadt zu fördern?

Häupl: Eine Gemeinschaft funktioniert nur, wenn sich alle an gewisse Regeln halten. Das gilt für zwischenmenschliche Beziehungen genauso wie für eine Stadt. Ohne Respekt und Rücksichtnahme gibt es in Wien kein Miteinander. Dieses Regelwerk, an das sich alle, die hier leben, halten müssen, ist die „Wiener Hausordnung“. Und weil gutes Zureden leider nicht immer ausreicht, haben wir seitens der Stadt eigene Ordnungsdienste eingerichtet, die die Einhaltung der Regeln überwachen – im Gemeindebau, in den Wiener Parks und in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Denn Wien soll auch in Zukunft eine Stadt bleiben, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft friedlich und ohne Angst zusammenleben!

Wie lautet Ihre persönliche Botschaft an die Wienerinnen und Wiener?

Häupl: Am 10. Oktober geht es um viel, es geht um Wien! Es ist die Wahl zwischen einer guten Zukunft und einem Weg, der in die Vergangenheit führt. Eines ist klar: Wer will, dass dieser erfolgreiche Wiener Weg fortgesetzt wird, muss auch SPÖ wählen! ◆

LTW STEIERMARK

Historischer Wahlsieg für die SPÖ

Nach einem bis zuletzt spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen mit der ÖVP stand am Sonntagabend um 18 Uhr fest: Franz Voves und seinem Team ist es gelungen, zum zweiten Mal in Folge einen historischen Wahlsieg zu erringen.



Fotos: Gallhofer

Die Steirerinnen und Steirer haben gewählt:
Der erfolgreiche Weg von Franz Voves soll fortgesetzt werden.



abend. Mit viel Engagement und der Besetzung wichtiger Themen wie dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und dem weiteren Ausbau der Infrastruktur – sowohl im Verkehr- wie auch im Forschungs- und Bildungsbereich – haben es Voves und sein Team geschafft, den Kampf um die Führung in der Steiermark für sich zu entscheiden.

ÖVP stürzt weiter ab

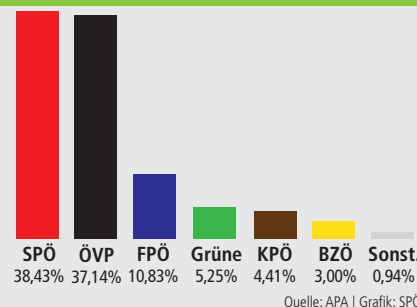
Der unermüdliche Einsatz bis zum Schluss hat sich gelohnt. Die Steirerinnen und Steirer wollen den erfolgreichen Weg, den Landeshauptmann Franz Voves vor fünf Jahren eingeschlagen hat, mit ihm fortsetzen. „Wir sind die stärkste politische Bewegung in der Steiermark!“, freute sich Voves nach dem Feststehen der vorläufigen Wahlergebnisse.

Bundeskanzler Werner Faymann sieht in dem Ergebnis „geradezu eine Sensation“. „Das ist das Verdienst von Franz Voves, der zum zweiten Mal das beinahe Unmögliche in der Steiermark – den ersten Platz – geschafft hat“, sagte Faymann am Sonntag-

Die ÖVP dagegen hat bei dieser Landtagswahl ein noch schlechteres Ergebnis eingefahren als bei ihrem Absturz vor fünf Jahren. „Franz Voves ist es gelungen, die jahrzehntelange Dominanz der ÖVP in der Steiermark zu brechen“, begrüßte Niederösterreichs LHStv. Sepp Leitner das vorläufige Wahlergebnis. „Eine Politik mit Ecken und Kanten und für die Steirerinnen und Steirer hat gewonnen“, freute sich Leitner. Auch Oberösterreichs SPÖ-Landesparteivorsitzender Josef Acknerl gratulierte seinem steirischen Kollegen: „Ich hoffe, dass sich jetzt alle Parteien in der Steiermark dazu bekennen, dass die stimmen-

Landtagswahl Steiermark

(vorläufiges Endergebnis ohne Wahlkarten)



stärkste Partei den Landeshauptmann stellt.“ Voves forderte die ÖVP diesbezüglich ebenfalls zu mehr Zurückhaltung auf: „Wenn man sich als Verlierer ständig als Sieger aufführt“ und als Zweiter immer bestimmen wolle, wo es langgehe, sei das keine gute Basis für eine Zusammenarbeit, stellte Voves klar. Jetzt gehe es darum, mit welcher Partei man am besten das SPÖ-Zukunftsprogramm, die 12 Ziele für die Steiermark, umsetzen kann, so der Landeshauptmann. ♦

PRESSESTIMMEN

„Die steirische ÖVP machte tagelang auf Rabiaterie. Hermann Schützenhöfer ließ sich als Wahlsieger feiern. Dabei hat er die historische Niederlage 2005, die seine Partei nach 60 Jahren den Landeshauptmann-Sessel gekostet hatte, noch übertroffen.“

Josef Votzi, Kurier, 29. 9. 2010

„Auf die ÖVP, die 60 Jahre das Land regiert hatte, wartet jedenfalls ein sehr langer Weg zurück an die Macht. Hermann Schützenhöfer sagte einmal, in der Regel dauert dieser 20 Jahre.“

Michael Sprenger,
Tiroler Tageszeitung, 27. 9. 2010

„Jahrzehntelang war die Steiermark ein schwarzes Kernland, jetzt müssen sich die ÖVP und Pröll Verluste und das zweitschlechteste VP-Ergebnis seit 1945 in der Grünen Mark als Erfolg schönreden.“

Walter Müller, Standard, 28. 9. 2010

BUDGET

Wer die Kaufkraft stärkt, stärkt den Aufschwung

Wirtschaftsforscher revidierten letzte Woche ihre Wachstums-Prognosen für 2010 und 2011 nach oben. Die Kaufkraft war und ist ein wesentlicher Faktor dafür. Noch ist kein definitives Ende der Krise in Sicht, aber eines zeigt sich deutlich: Die Maßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung greifen.

Bundeskanzler Werner Faymann freute sich über die neuerlich verbesserten Prognosen der Wirtschaftsforscher. „Erneut wird deutlich, dass sich Österreich in der Krise besser gehalten hat als andere europäische Länder. Besonders freut mich dabei, dass laut den Wirtschaftsforschern die Arbeitslosigkeit weiter sinkt. Einen Beitrag dazu haben sicher auch die Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete der Bundesregierung geleistet.“ Dennoch ist es dem Kanzler wichtig, auch zu betonen, dass dies nicht zuletzt der Verdienst der Unternehmer sowie der Arbeitnehmer des Landes ist.

Den wirkungsvollen Maßnahmen während der Krise mit zwei Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen, der Steuerreform 2009, dem Bankenrettungs- und dem Unternehmensliquiditätsstärkungspaket (Stichwort Staatshaftungen) ist es zu verdanken, dass das Wachstum stärker und die Arbeitslosigkeit geringer ist als erwartet (siehe Grafik). Dadurch fallen die Budgetlücke, und damit der Konsolidierungsbedarf, kleiner aus als befürchtet. Vorsicht ist dennoch geboten. Erfreuliche Prognosen ersetzen keine verantwortungsvolle und nachhaltige Budgetplanung.

Keine Kaufkraftschwächung bei Pensionen

Nach der letzten Sitzung des Ministerrates sprach sich Bundeskanzler Werner Faymann überdies dafür aus, dass bei Pensionisten und im öffentlichen Dienst die Kaufkraft gestärkt werden müsste. Nulllohnrounden seien in diesem Bereich daher abzulehnen. Der Kampf gegen die Krise habe gezeigt, „wie wichtig eine starke Kaufkraft für das Wachstum ist“, so Faymann. Auch Finanzminister Pröll zeigte sich diesbezüglich gesprächsbereit. Den Vorstoß des Bundeskanzlers bezeichnete SPÖ-



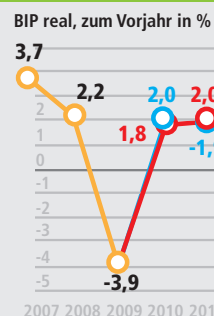
HBF/Wenzel

Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann sieht den Kurs seiner Regierung bestätigt. Nicht zuletzt die zahlreichen kaufkraftstärkenden Maßnahmen (Stichwort Steuerreform) haben zum Wachstum beigetragen.

Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas als „begrüßenswertes und notwendiges Zeichen“. Das derzeitige Wirtschaftswachstum sei nur „durch den konstanten Inlandskonsum möglich gewesen“, zu dem auch die Pensionistinnen und die Pensionisten entscheidend beitragen. Für die

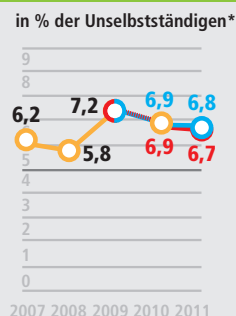
SPÖ-Bundesgeschäftsführerin ist klar, dass auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden müssen: „Sie haben den Aufschwung durch ihre harte Arbeit ermöglicht, ihnen steht ein gerechter Anteil zu.“

Wirtschaftswachstum



Zwischen 1,8 Prozent und 2,0 Prozent Wachstum werden für 2010 und 2011 nun prognostiziert. Damit liegt Österreich deutlich über dem EU-27-Schnitt. Das eröffnet mehr Spielräume für das Budget und gibt die Möglichkeit die Kaufkraft der Menschen weiterhin zu stärken.

Arbeitslose



* AMS Berechnung
Quelle: APA/WIFO/IHS | Grafik: SPÖ

Budgetlücke gerecht schließen

„Neben der Budgetlücke gibt es auch eine Gerechtigkeitslücke zu schließen“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Die SPÖ hat dazu ein Programm auf den Tisch gelegt, „damit auch jene, die vor der Krise von den deregulierten Märkten profitiert haben, jetzt einen gerechten Beitrag zum Schließen der Budgetlücke leisten.“ Auch für SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer ist klar, dass die Budgetlücke gerecht und sozial ausgewogen geschlossen werden muss. ♦

EUROPÄISCHE UNION

Finanzmärkte regulieren!

Vor über zwei Jahren meldete die Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz an. Damit wurde die folgenschwere Finanzkrise weltöffentlich. Die Forderungen der Sozialdemokratie für mehr Regulierung und Kontrolle liegen längst am Tisch. Doch in Brüssel versuchen Finanzlobbys wichtige Schritte zu verhindern.



Die Sozialdemokraten kämpfen im EU-Parlament für mehr Regulierung und Kontrolle

Zimmer

Keine Bank darf 'too big to fail' sein. Wir brauchen ein Verfahren, das es Banken ermöglicht, den Markt zu verlassen, ohne volkswirtschaftlichen Schaden anzurichten“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder, der ein eigenes Insolvenzrecht für Banken fordert, um künftig volkswirtschaftlichen Schaden durch Bankenpleiten abwenden zu können. Auch der Internationale Währungsfonds drängt Österreich, Maßnahmen zu setzen, um geordnete Marktaustritte von Banken zu ermöglichen. Deutschland hat bereits ein Modell verabschiedet, an dem sich auch Österreich orientieren könnte. ♦

INTERVIEW

„Schritte in die richtige Richtung“

SPÖ-Europaabgeordnete Evelyn Regner im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über eine neue Finanzmarktarchitektur, aktuelle Debatten im Europäischen Parlament und das Unwesen der Finanz-Lobbyisten in Brüssel.

SPÖ Aktuell: Frau Regner, Sie sind in Brüssel selbst an Verhandlungen über mehr Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte beteiligt. Sind hier positive Entwicklungen zu erwarten?

Evelyn Regner: Ich hoffe, dass sich das Parlament in dieser Frage durchsetzen kann. Wir haben eine eindeutige Haltung, was eine strenge Regulierung betrifft. Die Verhandlungen mit dem Rat gestalten sich aber schwierig, denn in manchen Punkten ist man nicht bereit, klare Regelungen zu akzeptieren, die uns davor schützen, dass durch Spekulationsblasen das Wirtschaftssystem erneut ins Wanken gerät.

Eine Forderung der Sozialdemokraten ist eine europäische Finanzmarktaufsicht mit mehr Biss. Hat sich in dieser Frage etwas getan?

Regner: Mit den drei neuen Aufsichtsbehörden für Banken, Wertpapiere und Versicherungen haben wir einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Diese haben

nun echte Durchgriffsrechte, früher durften nur Empfehlungen ausgesprochen werden.

Stichwort Lobbying. Werden Sie als EU-Parlamentarierin von Lobbyisten kontaktiert?

Regner: Treffen mit Lobbyisten gehören zum Alltag eines EU-Abgeordneten. Der Kontakt an sich ist nichts Schlechtes, denn er ermöglicht uns Parlamentariern, verschiedene Meinungen zu einzelnen Vorhaben zu hören. Größtmögliche Transparenz ist mir besonders wichtig. Der Bürger soll nachvollziehen können, welche Unternehmen oder Organisationen versuchen, Einfluss zu nehmen. Ich veröffentliche daher meine Kontakte zu Lobbyisten auf meiner Homepage.

Wie viel Macht haben die Lobbyisten tatsächlich? Gibt es auch „gute Lobbyisten“?

Regner: Lobbyismus wird von allen Seiten betrieben, sei es von

Großunternehmen oder Banken, aber auch von Gewerkschaften und NGOs. Lobbyisten haben so viel Macht, wie es der einzelne Abgeordnete zulässt. Das heißt, ich kann mir Meinungen anhören, muss aber nicht danach handeln. Was zu bemerken ist, ist ein Ungleichgewicht zwischen Lobbyisten der Wirtschaft und jener der NGOs. Aufgrund der finanziellen Ausstattung der Unternehmen können diese ihre Lobbying-Aktivitäten weitaus umfangreicher gestalten. Bei der Debatte um die Finanzmarktregulierung wurde von Seiten der Finanzwirtschaft ein Großaufgebot an Lobbyisten losgeschickt. ♦



Jantzen

SOZIALES

Pflegefinanzierung nachhaltig sichern

Um auch künftig ein Altern in Würde zu gewährleisten, braucht es eine nachhaltige Finanzierung der Pflege. PVÖ-Präsident Karl Blecha fordert daher die rasche Einführung eines Pflegefonds.



Für die SPÖ steht fest: Ein würdevolles Altern muss auch für die Zukunft abgesichert sein.

Die Pflegefinanzierung in Österreich muss gesichert und auf nachhaltige Beine gestellt werden.

sollen ein Arbeitsauftrag sein.“ Im Rahmen einer Enquete zur künftigen Finanzierung der Pflege bekräftigte der Sozialminister

den. Die Einrichtung eines Pflegefonds ist absolut notwendig“, so der Präsident des Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ), Karl Blecha. Da die Zahl der Pflegegeldbezieher von aktuell 420.000 Personen jährlich um ca. drei Prozent ansteigt, werden die Ausgaben von Ländern und Gemeinden für Sachleistungen von jetzt 1,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2020 auf ca. 2,1 Mrd. Euro steigen. Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: „Diese Zahlen dürfen uns aber nicht erschrecken, sie

„Der Pflegefonds muss ein System schaffen, damit jeder, egal wo in Österreich er zu Hause ist, den gleichen Anspruch und die gleichen Chancen auf adäquate Pflege hat.“

PVÖ-Präsident Karl Blecha

erneut, dass es zu keiner Abschaffung der sieben Pflegestufen kommen wird. Stattdessen könne man das bestehende System aus sieben Pflegestufen, Landespflegegeld und weiteren Sozialleistungen um den Pflegefonds ergänzen, indem die Mittel auf die Länder aufgeteilt und an die Gemeinden weitergegeben werden. Christine Lapp, SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Präsidentin der Wiener Sozialdienste, befürwortet ebenfalls die Schaffung eines Pflegefonds. „Dabei müssen Chancengleichheit für alle und Angebotsvielfalt im Mittelpunkt stehen“, so Lapp. ♦

LEBENSMITTELCHARTA

Mehr Qualität für unsere Lebensmittel

Auf www.lebensmittelcharta.at werden die wichtigsten Projekte zur Lebensmittelkennzeichnung vorgestellt.

Allzu oft ist die Kennzeichnung von Lebensmitteln unklar und die Werbung missverständlich. Das will Gesundheitsminister Alois Stöger ändern. Die wichtigsten Forderungen des Ministers sind ein Gütezeichen für gentechnikfrei produzierte Lebensmittel, mehr Informationen in der Gastronomie, eine Mindestschriftgröße auf Lebensmitteletiketten, einheitliche

verpflichtende Nährwerttabellen auf Lebensmitteln sowie eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung bei unverarbeiteten Lebensmitteln und die Kennzeichnung von „Klebefleisch.“ ♦

Für Gesundheitsminister Alois Stöger steht fest: „Konsumenten sollen qualitätsvolle Lebensmittel kaufen können.“



Grebe

JUSTIZ

Kräuter besiegt Grasser bei Gericht

Eine neuerliche Niederlage hat Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser in einer Ehrenverletzungs-Klage gegen die SPÖ hinzunehmen.

Konkret geht es um eine Aussage von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter im „SPÖ Aktuell“ im Zusammenhang mit dem Buwog-Untersuchungsausschuss, gegen die Grasser eine Einstweilige Verfügung beantragt hat. Kräuter berief sich dagegen auf die freie Meinungsäußerung und bekam nun auch vom Oberlandesgericht (OLG) recht. Kräuter hatte dargelegt, Grassers Forderung nach einem Buwog-U-Ausschuss sei „nur eine Finte, um hinter den Kulissen mit alten Seilschaften einen U-Ausschuss zu verhindern.“ ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter darf in der politischen Auseinandersetzung auch in scharfer Form argumentieren.



SPÖ

Globalisierung

Kritik der ökonomischen Vernunft

Das 1988 erschienene Hauptwerk des französischen Sozialphilosophen André Gorz über die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ wurde nun vom Rotpunktverlag neu zugänglich gemacht.

André Gorz ist einer jener Globalisierungskritiker, die bereits vor Jahren die gegenwärtige Wirtschaftskrise beschrieben haben. Es ist daher kein Zufall, dass seine Thesen auch heute noch breit diskutiert werden. Der in Wien geborene Gorz zeigt auf, dass die ökonomische Vernunft, der alle Lebensbereiche unterworfen sind, zu einem Rückgang an individueller Freiheit geführt hat. Man hat ein System geschaffen, das viel freie Zeit

schaft, diese aber ständig ökonomisiert, also alle kreativen und sozialen Tätigkeiten in Dienstleistungen verwandelt. Gorz, der früher Mitarbeiter von Jean-Paul Sartre war und in den 1960er Jahren das Magazin Le Nouvel Observateur mitbegründete, schwebt hingegen eine Utopie vor, die sich der ökonomischen Vernunft entzieht und die Werte wie Selbstverwirklichung, Gemeinschaft und Emanzipation verteidigt. ♦

Gesellschaft

Die große Verschleierung

In ihrem neuesten Buch widmet sich die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer einem brisanten Thema: der „Islamisierung“ der westlichen Welt.

Alice Schwarzer hat sich noch nie gescheut, heikle Themen anzusprechen. Auch in ihrem neuesten Buch „Die Verschleierung“ will die Frauenrechtlerin aufklären – in diesem Fall über die vermeintliche Gefahr einer allzu kulturell relativistischen Sicht auf den Islamismus. Die Themen reichen dabei vom Schweizer Minarettverbot und der deutschen Kopftuchdebatte bis zu den französischen Diskussionen über die Rolle der Burka in der Öff-

entlichkeit. Außerdem im Zentrum stehen die Unruhen in den Pariser Vorstädten, die Strategien islamistischer Agitation oder die Rolle von Konvertitinnen. Die Grenzlinie zwischen dem Islam als Religion und dem politischen Islamismus bleibt dabei immer im Blick, wenn diese auch zusehends schwerer zu ziehen ist. Alice Schwarzers Texte werden durch Untersuchungen und Berichte zahlreicher Co-Autorinnen ergänzt. ♦

Kriminalroman

Goldstein

Raths dritter Fall ist ein harter Brocken: Abe Goldstein, jüdischer Gangster aus Brooklyn, mischt Berlin auf.

Berlin 1931: Die Wirtschaftskrise verschärft sich, die Auseinandersetzungen zwischen SA und Rotfront werden gewalttätig, unter den Ringvereinen tobt ein Machtkampf und Gereon Rath bekommt den Auftrag, den US-Gangster Abraham »Abe« Goldstein zu beschatten. Der Gangster Goldstein scheint sich damit abgefunden zu haben, unter Beobachtung der Polizei zu stehen. Unterweltboss Johann Marlow zwingt Rath derweil zu einer privaten Ermittlung: Der rote Hugo, Chef des

Ringvereins Berolina und Marlows Geschäftspartner, ist verschwunden. Schnell gerät Gereon zwischen die Fronten eines Bandenkriegs. Volker Kutscher gelingt es meisterhaft, im Panorama einer zerrissenen Stadt auf dem Weg in den Faschismus Figuren zu zeichnen, die erstaunlich gegenwärtig anmuten und den Leser berühren. Und gleichzeitig entwickelt er eine atemberaubende Handlung, die von einem Höhepunkt zum nächsten drängt – Spannung pur! ♦

☐ Stk.


André Gorz:
Kritik der ökonomischen Vernunft.
Rotpunktverlag, Zürich 2010;
420 S., 28,80 €

☐ Stk.


Die große Verschleierung.
Für Integration, gegen Islamismus.
Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2010; 320 S., 10,80 €

☐ Stk.


Volker Kutscher:
Goldstein – Gereon Raths dritter Fall.
Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2010;
575 S., 20,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen!

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



PRESSEFREIHEIT

„Freie journalistische Recherche in Gefahr“

Die SPÖ will einen besseren gesetzlichen Schutz des Redaktionsgeheimnisses und der Pressefreiheit.

Noch nie war der Ruf der Justiz so angeschlagen wie in der derzeitigen Situation“, stellt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim fest. Auslöser der aktuellen Debatte um Angriffe der Justiz auf die Pressefreiheit sind einerseits die rechtswidrigen Einvernahmen von Journalisten des Nachrichtenmagazins „profil“, die in ihrer Berichterstattung zur Hypo Alpe Adria Bank aus deutschen Gerichtsakten zitiert hatten, andererseits die vom Wiener Oberlandesgericht (OLG) verlangte Herausgabe von Rohmaterial eines ORF-Drehs für die Reportagereihe „Am Schauplatz“. Werde auf diese Weise vorgegangen, sei freie journalistische Recherche kaum mehr möglich, so Universitätsprofessor Fritz Hausjell: „Das würde den kritischen Journalismus zum Erliegen bringen.“ Medienstaatssekretär Josef Ostermayer betont: „Das Redaktionsgeheimnis bildet ein Kern-



SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim, Univ.-Prof. Fritz Hausjell: Die Pressefreiheit ist ein Eckpfeiler der Demokratie.

stück für die demokratische Kontrollaufgabe der Medien.“ Er begrüßt daher eine breite Diskussion über die Präzisierung des Redaktionsgeheimnisses.

Nicht akzeptabel in Sachen Redaktionsgeheimnis sind für SPÖ-Klubobmann Josef Cap die Aussagen von VP-Verfassungssprecher Molterer. Dieser hatte behauptet, dass der ORF den mangelnden Schutz der Pressefreiheit als fadenscheinige Argumentation nütze, um dem OLG-Entscheid nach Herausgabe der Bänder nicht nachzukommen. „Als Verfassungssprecher sollte es dem Kollegen Molterer bekannt sein, dass die Presse- und Medienfreiheit sowie das Redaktionsgeheimnis Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie sind.“

Zur gesetzlichen Verbesserung des Schutzes der Pressefreiheit schlägt SPÖ-Justizsprecher Jarolim vor, dass das Redaktionsgeheimnis auch für beschuldigte Journalisten zur Anwendung kommen und die Grundrechtsbeschwerde ausgeweitet werden soll. ♦

MUSEUMSPÄDAGOGIK

Neues Weiterbildungsprogramm für Lehrer

„kunst.ac“ – unter diesem Titel bietet die Albertina in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Wien eine neue museumspädagogische Fortbildungsreihe an. Für Bildungs- und Kulturministerin Claudia Schmied „eine beispielgebende Initiative“.

Mit der vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) geförderten Initiative „kunst.ac“ werden „Pädagoginnen und Pädagogen aller Unterrichtsfächer und Schultypen vielfältige Möglichkeiten der Kunstvermittlung eröffnet. Die Fortbildungsreihe stärkt die bessere Vernetzung von Schulen und Kultureinrichtungen“, so Ministerin Schmied. Das neue Weiterbildungsprogramm vermittelt Kompetenzen u.a. in den Bereichen Museumsdidaktik und Vermittlungsmethodik.

Die erfolgreiche Teilnahme wird mit einem Gütesiegel bestätigt. Mehr unter: www.bmukk.gv.at. ♦

Die Fortbildungsreihe „kunst.ac“ geht im Wintersemester 2010/11 in die erste Runde. Im Bild: Bundesministerin Schmied, Albertina-Direktor Schröder und PH-Direktorin Hackl.



VERKEHR

Härtere Strafen für Extrem-Raser

Mit längerem Führerscheinenzug will Verkehrsministerin Doris Bures verstärkt gegen Raser vorgehen.

Durch zu schnelles Fahren verursachte Autounfälle kosten in Österreich jedes Jahr über 1.000 Menschen das Leben. Verkehrsministerin Doris Bures will der Raserei auf österreichischen Straßen nun ein Ende setzen und die Führerscheinenzugsdauer künftig von der Höhe der Geschwindigkeitsübertretung abhängig machen. „Der Führerscheinenzug ist oft bewussteinbildender als eine Geldstrafe“, so Bures. SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl unterstützt die Vorschläge der Verkehrsministerin. „Derzeit bekommen Extrem-Raser die gleiche Strafe, nämlich zwei Wochen Führerscheinenzug, wie jemand, der das Tempolimit außerhalb des Ortsgebietes um 50 km/h überschreitet“, erläutert Heinzl, der fordert: „Je extremer die Überschreitung der Geschwindigkeit, desto länger soll der Führerschein entzogen werden.“ ♦



Verkehrsministerin Doris Bures will der Raserei auf Österreichs Straßen ein Ende setzen.

SPÖ FRAUEN

„Schluss mit Geheimnissen ums Gehalt“



„Equal Pay“ bleibt eine zentrale Forderung der SPÖ Frauen. (Bei der Straßenaktion am Wiener Rochusmarkt mit einer Gehaltspyramide: u.a. Frauenministerin Heinisch-Hosek, Vzbgm. Brauner und Bundesfrauengeschaftsführerin Mautz)

Für Heinisch-Hosek sind das zwei „ganz wichtige Schritte“. Der nächste ist für sie die Anhebung des Mindestlohnes von 1.000 auf 1.300 Euro.

Auf mehr Transparenz bei Frauen- und Männereinkommen drängt auch SPÖ-Bundesfrauengeschaftsführerin Andrea Mautz: „Reden wir über's Gehalt“.



Rund drei Monate müssen Frauen statistisch gesehen länger arbeiten, um auf dasselbe Gehalt wie gleich qualifizierte Männer zu kommen. Mehr Transparenz bei den Einkommen ist für die SPÖ-Frauen ein Schritt zu gerechteren Löhnen.

Der „Equal Pay Day“ bezeichnet den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen und Männer gleich viel verdienen (bei gleicher Qualifikation und Vollzeitarbeit). Heuer war es der 29. September – gemessen am Jahreseinkommen müssen Frauen danach quasi gratis arbeiten. Bei einer Aktion am Wiener Rochusmarkt machten die SPÖ Frauen auf diese Gehaltsschere aufmerksam – konnten aber auch auf

zwei Erfolge hinweisen, die Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek erreicht hat:

Einkommenstransparenz im Betrieb

Ab 1. Jänner 2011 müssen Betriebe die durchschnittlichen Einkommen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offenlegen. Zuerst gilt das für Firmen mit über 1.000 ArbeitnehmerInnen, in den Folgejahren wird das auch auf kleinere Betriebe ausgeweitet.

Einkommenstransparenz bei der Jobsuche

Betriebe müssen künftig in Stelleninseraten angeben, wie hoch der jeweilige Kollektivvertrags-Lohn ist und ob mehr bezahlt wird.

DIE FAKTEN**In Wien leben die unabhängigesten Frauen**

Wien ist (auch) in Sachen Gleichstellung anders: Im Österreich-Vergleich ist in der Bundeshauptstadt die Erwerbsquote von Frauen am höchsten, sind die Frauen am besten qualifiziert und verdienen mehr als im Rest Österreichs. Auch die Gehaltsschere zwischen Frauen und Männern ist in Wien am geringsten. So findet der „Equal Pay Day“ in Wien später als in den anderen Bundesländern statt – nämlich am 10. Oktober. „Aber damit sind wir natürlich nicht zufrieden“, so Vizebürgermeisterin Renate Brauner. „Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Frauen dort sind, wo sie hingehören – an der Spitze.“

OBERÖSTERREICH

BildungsTalk in Linz



Zum Auftakt der „Österreich 2020-Zukunftsdiskurse“ in den Bundesländern besuchte Bildungsministerin Claudia Schmied die oberösterreichische Landeshauptstadt.

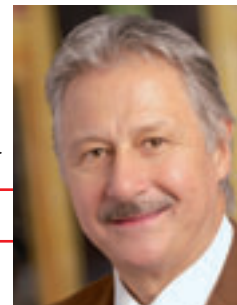
Vor rund 120 interessierten Gästen erläuterte Bildungsministerin Claudia Schmied beim oberösterreichischen BildungsTalk zum Thema „Selbständige Schule“ ihre Vorstellung eines modernen Bildungssystems. Nach der Eröffnung durch LH-Stv. Josef Ackerl und der stv. Vizepräsidentin des oberösterreichischen Landesschulrates, Brigitte Leidlmayer, sprach die Ministerin in einem Impulsreferat über not-

wendige Reformen im österreichischen Schulsystem. „Wenn wir mit der Schule dazu beitragen wollen, dass unsere Kinder zukünftig als selbständige Bürgerinnen und Bürger ihr Leben eigenverantwortlich führen, muss es uns gelingen, die Schule als Ort der Selbstverantwortung zu konstituieren“, so Schmied. Mit ihren Reformvorschlägen stieß die Bildungsministerin bei den Anwesenden auf breite Zustimmung. Im Vordergrund der regen Diskussion im Anschluss standen die Wünsche und Nöte von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrenden. „Her mit einer ganztägigen qualitativ hochwertigen Schule für alle!“, forderte etwa die Lehrerin einer Perger Volksschule. Einigkeit

herrschte bei den Teilnehmern auch darüber, in Bildungsfragen zum Wohle der Kinder an einem Strang zu ziehen.



Bildungsministerin Claudia Schmied: „Schule als Ort der Selbstverantwortung konstituieren.“



Zimmer

Schulreform: Ziele klar vor Augen

Beim Thema moderne Schulverwaltung geht es um weniger Bürokratie, mehr Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung. Auch das Blockieren in Sachen gemeinsame Schule muss endlich ein Ende haben, meint SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer.

„Die eigentliche Kraft von Autonomie an der Schule liegt im Zusprechen von Kompetenz an den Schulstandort, an den einzelnen Lehrer und an die Ideen der Schulgemeinschaft.“

Nach jahrelangem Stillstand und Bildungsabbau unter Elisabeth Gehrer ist es unserer Bildungsministerin Claudia Schmied gelungen, wieder Bewegung in die Bildungspolitik zu bringen. Mit einer Dynamik, die sich sehen lassen kann. Schritt für Schritt setzt Claudia Schmied sozialdemokratische Bildungskonzepte um, hin zu einer leistungsgerechteren Schule und einer Schule mit mehr Chancengleichheit. Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25, bessere Sprachförderung, ein kostenloses und verpflichtendes Kindergartenjahr, die Neue Mittelschule, die Bildungsstandards bis hin zur neuen Matura sind bereits nicht mehr wegzudenkende Meilensteine. Weitere wichtige Reformprojekte sollen noch in dieser Legislaturperiode auf Schiene gebracht werden. Zwei dieser Projekte sind die gemeinsame Schule und die Reform der Schulverwaltung.

Transparenz und Effizienz in der Schulverwaltung

Egal mit welchen Experten und Betroffenen ich das Thema moderne Schulverwaltung diskutiere, die Antwort ist immer dieselbe: weniger Bürokratie, mehr Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung. Das österreichische Schulsystem ist längst nicht mehr zeitgemäß. Die Mehrgleisigkeit Gemeinde-Bezirk-Land-Bund ist unübersichtlich, ineffi-

zient und teuer. Nicht kontrollierbare Summen versickern in einem aufgeblähten Beamtenapparat und fehlen dort, wo die Mittel gebraucht werden – an der Schule. Bei der Auswahl der Lehrerinnen und Lehrer ist die Mitsprachemöglichkeit minimalst. Die immer mehr ausufernde Bürokratie entzieht den Schulen praktisch jeden Verantwortungs- und Gestaltungsspielraum. Daher ist die Schulautonomie die entscheidende Systemänderung. Die eigentliche Kraft von Autonomie an der Schule liegt im Zusprechen von Kompetenz an den Schulstandort, an den einzelnen Lehrer und an die Ideen der Schulgemeinschaft.

„Das Aussondern von Kindern im Alter von neun Jahren lässt viele Begabte zurück und steckt Schülerinnen und Schüler in Schubladen, aus denen sie nicht mehr herauskommen.“

Unser Ziel ist es, den einzelnen Schulen – auf ihre speziellen Bedürfnisse abgestimmte – Ressourcen autonom zur Verfügung zu stellen. Für die pädagogische Umsetzung sind die Schulen allein verantwortlich und sie bestimmen zusammen mit der Schulgemeinschaft die Organisation des Unterrichts – einschließlich der Befriedigung des Bedarfes an Ganztagsbetreuung. Die Schulen sollen ihre Lehrer auch selbst auswählen können.

Eine solche Systemänderung bedeutet, dass die Verantwortung des Staates, der Länder, aber auch der Gemeinden neu definiert werden muss. Eines steht zweifelsfrei fest, eine Änderung hin zu einer selbstständigen Schule hat den entscheidenden Nebeneffekt, dass durch die Abschaffung von Mehrgleisigkeiten enorme Kosten gespart

werden, die in Zukunft direkt an die Schulen fließen.

Auf dem Weg zur gemeinsamen Schule

Es ist zwar beschämend, aber Realität: Statt von den erfolgreichen PISA-Ländern zu lernen, die Erkenntnisse der Bildungswissenschaften umzusetzen, oder den Erfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer als Praktiker zu folgen, blockiert eine kleine, aber ganz offensichtlich einflussreiche Gruppe von schwarzen AHS-Gewerkschaftern bis heute die wohl wichtigste Reform im Bildungsbereich, die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen. Das Aussondern von Kindern im Alter von neun Jahren lässt viele Begabte zurück und steckt Schülerinnen und Schüler in Schubladen, aus denen sie nicht mehr herauskommen. Selbst die Spitzenvertreter von Wirtschaft und Industrie haben die Nachteile dieses Systems für unsere Zukunft längst erkannt und fordern mit uns die gemeinsame Schule. Für mich liefern die Ergebnisse der aktuellen Hirnforschung das absolut entscheidende Argument für die neue gemeinsame Schule: In einer gemeinsamen Schule werden nicht nur Schwächere optimal gefördert, selbst die Besten und Talentiertesten werden durch Individualisierung im Unterricht noch stärker gefordert als in einer AHS-Unterstufe. Die Kinder dieser Schule wechseln sogar gestärkt mit ihrer in einer gemeinsamen Schule erworbenen Sozialkompetenz in eine weiterführende Matura und in ihr Erwachsenenleben. ♦

Der Volksschuldirektor **Elmar Mayer** ist seit 2006 Abgeordneter zum Nationalrat und seit 2008 Bildungssprecher der SPÖ.

LESERBRIEFE

Das Ergebnis der steirischen und die bevorstehende Wiener Landtagswahl sowie Steuergerechtigkeit und Bildung beschäftigte unsere Leserinnen und Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen finden sich hier – teilweise gekürzt – wieder.

Sehr geehrte Damen, Herren

Als vergangenen Sonntag das Wahlergebnis bekanntgegeben wurde und feststand, dass die SPÖ erneut den ersten Platz erreichen konnte, ist mir ein Stein vom Herzen gefallen. Dass sich mit Franz Voves in der Steiermark ein Roter behaupten konnte ist fantastisch und zeigt, dass die Bevölkerung seine Arbeit und die der SPÖ gutheißt. Besonders absurd habe ich gefunden, wie ÖVP-Parteigänger versucht haben ihr Wahlergebnis – immerhin das schlechteste in ihrer Geschichte – schön zu reden. Wie man bei so einer Wahlschlappe noch von „Aufholjagd“ reden kann ist mir unbegreiflich. Auf jeden Fall wünsche ich Franz Voves und seinem Team viel Erfolg für die nächsten fünf Jahre und hoffe, dass wir in Wien vom Rückenwind aus der Steiermark profitieren können.

Fritz Wilfing, Wien

Liebe Freunde!

Mit den Plänen, die Wehrpflicht auszusetzen und dadurch eine Abschaffung des Bundesheeres „voranzutreiben“, zeigt die ÖVP ihr wahres Gesicht. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht, wird gleichzeitig der Zivildienst, der vorwiegend im Gesundheits- und Pflegebereich tätig ist, ausgesetzt. Somit wird, wie von den Neoliberalen unter Schwarz-Blau-

Orange schon immer gefordert, der Markt für die im Gesundheits- und Pflegebereich spezialisierten Unternehmen geöffnet. Durch diese Globalisierung, denn diese Unternehmen müssen „gewinnorientiert“ wirtschaften, wird der Gesundheits- und Pflegebereich nur für diejenigen leistbar sein, die am meisten bezahlen.

Darum müssen diese menschenverachtenden neoliberalen Reformen beendet werden.

Helmut Huber, via Mail



picturedesk

Beim Parteitag der SPD fand Bundeskanzler Werner Faymann klare Worte gegen die AKW-Laufzeitverlängerung in Deutschland.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ihre deutlichen Worte zum Thema Atomkraftwerke vor den deutschen Genossinnen und Genossen haben mir imponiert. Ich finde es wichtig und richtig, dass sie als Bundeskanzler sich der Thematik annehmen. Die ÖVP, die ja auch den Umweltminister stellt, hat durch das Engagement von Wolfgang Schüssel bei einem der größten deutschen Atomstromerzeuger (RWE, Anm. der Red.),

jegliche Glaubwürdigkeit in dieser Frage verloren. Dass sie die Frage zur Chefsache erklärt haben war die logische Konsequenz daraus. Und ich bin mir sicher, dass sie dabei die Unterstützung der österreichischen Bevölkerung auf ihrer Seite haben.

Mag. Alexandra Prensner, via Mail

Werte Genossinnen und Genossen!

Den Sieg von Franz Voves bei der steirischen Landtagswahl werte ich als deutliches Zeichen dafür, dass die Forderung nach mehr Gerechtigkeit bei den Menschen gut ankommt. Was das desaströse Ergebnis der ÖVP im Umkehrschluss bedeutet ist klipp und klar: Sich schützend vor die Reichen, Banken und Spekulanten stellen stößt bei den arbeitenden Menschen nicht auf Gegenliebe. Was zu tun ist, ist daher klar: Auch wenn sich die ÖVP querlegt und sich windet, muss die SPÖ an ihren Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit festhalten.

Bettina Hagenleitner, Mödling

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Christian Houdeg, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97, Hersteller: Leykam Druck, W. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at, Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.jg.spoe.at

JG-Initiative „Steuerschmäh“ online

Die Junge Generation in der SPÖ (JG) entlarvt auf ihrer Homepage acht Steuerlügen der Banken-, Spekulanten- und Industrielobby. Es geht darum, Steuerlügen – zu denen vor allem auch die ÖVP zählt – durch stichhaltige Argumente und Fakten „schmäst“ zu machen, erklärt JG-Bundesvorsitzende Tina Tauß das Ziel der Initiative. Für sie ist klar, dass

die Verursacher der Krise und jene, deren Vermögen derzeit nicht entsprechend versteuert ist, in die Pflicht genommen werden müssen.

Aufgeräumt wird mit den gängigsten Unwahrheiten rund um Standortwettbewerb, Unternehmenssteuern, die Steuerquote, die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise und Vermögenssteuer.





Wesentliche Werte

Bundestkanzler Werner Faymann betonte beim SPD-Bundesparteitag in Berlin, dass die Werte der Sozialdemokraten – Chancengerechtigkeit, Bildung und Gesundheit – eine breite Mehrheit in Europa haben. Im Bild: Bundestkanzler Werner Faymann mit SPD-Chef Sigmar Gabriel und dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel.



Klasse Kultur

Bereits zum sechsten Mal fand vor kurzem der „Denkmaltag für Schulen“ statt. Dieser Tag bietet Schulen die Gelegenheit, sich bei Sonderführungen mit Fragen des Denkmalschutzes zu beschäftigen. Im Bild Bundesministerin Claudia Schmied mit Schülerinnen des Sperl-Gymnasiums im denkmalgeschützten Wiener Annahof.

Glanzvolle Gala

„50 Jahre Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheeres“ – das wurde bei einem Gala-Abend gefeiert. Im Bild v.l.n.r.: Generalstabschef Edmund Entacher, Bundespräsident Heinz Fischer, Verteidigungsminister Norbert Darabos, Konstantin Klien (Uniq) und Generalleutnant Günter Höfler.



Sichere Straße

Verkehrsministerin Doris Bures hat vor kurzem den Unterzeichnungsakt der „Europäischen Charta für Straßenverkehrssicherheit“ vorgenommen. Diese Charta ist die weltweit größte Plattform für Straßenverkehrssicherheit. Im Bild v.l.n.r.: Richard Kühnel (EU-Kommission in Österreich), Alois Schedl (Asfinag) und Walter Nissler (EU-Kommission).

